

Polizei räumt besetztes Uni-Gebäude

Pro-Palästina-Protest An der Universität Basel besetzten Aktivisten seit Freitag das Soziologische Institut. Die Polizei hat gestern am frühen Morgen eingegriffen, 20 Personen erhielten einen Platzverweis.



Grosseinsatz: Die Basler Polizei wurde gestern durch Einsatzkräfte aus den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Bern unterstützt. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

Martin Regenass

Am Morgen des 27. Mai hat die Kantonspolizei Basel-Stadt das besetzte Seminar für Soziologie am Petersgraben geräumt. Pro-Palästinensische Aktivisten hielten das Gebäude seit Freitag besetzt, um ihre Anliegen gegenüber der Universität Basel durchzusetzen. Eine Forderung ist die Beendigung von Kooperationen mit israelischen Universitäten, was die Universitätsleitung jedoch als nicht verhandelbar ablehnt.

Es handelte sich bereits um die dritte Okkupation durch das Kollektiv Unibas4Palestine, das zuvor bereits das Bernoullianum und die Alte Gewerbeschule besetzt hatte.

Die Räumung des Soziologischen Instituts begann frühmorgens kurz nach 6 Uhr mit einem Grosseinsatz der Basler Polizei, unterstützt durch Einsatzkräfte aus den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Bern. Rund zwei Dutzend Kastenwagen fuhren mit Blaulicht vor. Die Polizei sperrte den Petersgraben für den Verkehr und errichtete Pavillonzelte zur Durchführung von Personenkontrollen.

Keine Personen im Gebäude angetroffen

Laut Polizeisprecher Adrian Plachesi wurde die Unterstützung aus dem Polizeikonkordat Nordwestschweiz angefordert, da unklar war, welche Situation die Beamten im Gebäude erwarten

würde. Eine Drohne wurde zur Überwachung der Lage aus der Luft eingesetzt.

Bei der Räumung wurden jedoch keine Personen im Gebäude angetroffen. Auf dem Petersplatz kam es laut Polizei aber zu «Rangeleien» mit Aktivisten. Eine Gruppe wurde daraufhin von der Polizei eingekesselt, 20 Personen wurden kontrolliert und erhielten einen vorübergehenden Platzverweis.

Auf die Frage, ob es sich bei den Kontrollierten um Studierende der Universität Basel handelte, konnte Plachesi keine Auskunft geben: «Es gibt keine rechtliche Grundlage, dies zu überprüfen. Das Polizeigesetz erlaubt Personenkontrollen, wonach sich die Leute mit einem

gültigen Dokument wie einer Identitätskarte oder einem Pass ausweisen müssen. Wir können von ihnen aber nicht verlangen, dass sie einen Studentenausweis zeigen.»

Universität hält an Zutrittskontrollen fest

Die Universität hat begonnen, Gebäude und Inventar auf mögliche Sachschäden zu überprüfen. Reto Caluori, Sprecher der Universität, sagte dieser Redaktion, dass die Besetzung betriebliche Konsequenzen gehabt habe. Prüfungen und Veranstaltungen mussten demnach umdisponiert und in andere Räumlichkeiten verlegt werden.

Caluori erklärte weiter, dass die Universität keine weiteren

Besetzungen dulden werde und an den bestehenden Zutrittskontrollen festhalte. Gegen illegale Handlungen werde man entschieden vorgehen. Die Forderung nach einer pauschalen Suspendierung der Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten sei von Anfang an als unvereinbar mit der Wissenschaftsfreiheit abgelehnt worden.

Am Rande der Besetzung kam es zu Sprayereien durch mutmasslich israelkritische Aktivisten an verschiedenen Gebäuden in Basel. Parolen wie «Stop the Genocide» und «Free Gaza» wurden etwa an der Fassade des Kunstmuseums, an einer Haltestelle und an diversen Gebäuden am Aeschenplatz aufgesprüht.